

## Pfändung frei!

Ohne Not setzen viele Kreditinstitute Inhabern eines Pfändungsschutzkontos eine Frist, wenn wir ihnen höhere Freibetragsgrenzen bestätigen. Bei einem Betroffenen wurden daher 290 Euro an einen Gläubiger abgeführt, obwohl das Geld eigentlich nicht pfändbar war.



© alswart - Fotolia.com

### **DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE**

1. Viele Kreditinstitute wie zB. Deutsche Bank und ihre Tochter die Postbank oder auch die Haspa befristen höhere Freigrenzen für Pfändungsschutzkonten, obwohl keine gesetzliche Pflicht dazu besteht.
2. Die Befristung hat zur Folge, dass nach dem Ablauf eines bestimmten Zeitraums Geld

an Gläubiger abgeführt wird, das eigentlich nicht pfändbar ist.

3. Verbraucher sollten mögliche Fristen für ihr P-Konto beim jeweiligen Kreditinstitut erfragen.

Stand: 21.02.2019

Für Pfändungsschutzkonten (P-Konten) gelten höhere Freigrenzen, wenn diese beispielsweise wegen Unterhaltspflichten von einer anerkannten Stelle bescheinigt werden. Obwohl eine Befristung vom Gesetzgeber nicht vorgesehen ist, legt Haspa, Deutsche Bank – und neuerdings auch die Postbank – für höhere Freibeiträge bei P-Konten eine interne Laufzeit fest. Wenn Sie ein P-Konto haben, sollten Sie also besser eine mögliche Frist bei Ihrem Kreditinstitut erfragen.

---

## **290 Euro vom P-Konto abgebucht**

In einem uns vorliegenden Fall hatte das Kreditinstitut die Gültigkeit einer Bescheinigung für eine höhere Freigrenze auf ein Jahr befristet. Bei dem betroffenen Kunden wurden nach dem vermeintlichen Ablauf der Bescheinigung trotz noch immer bestehender Unterhaltspflichten keine mehr beim Pfändungsschutz seines Kontos berücksichtigt. Dies hatte zur Folge, dass rund 290 Euro an einen Gläubiger abgeführt wurden, obwohl das Geld eigentlich nicht pfändbar war.

Wir finden: 290 Euro sind für Menschen mit Schulden viel Geld. Dass die Deutsche Bank die Freibeträge ihrer Kunden ohne jeglichen Hinweis und gesetzliche Auflage wieder herabsetzt, ist unverschämt. Ab sofort weisen wir Ratsuchende, die sich von uns einen höheren Freibetrag für ihr P-Konto bescheinigen lassen wollen, extra darauf hin, dass die Pfändungsgrenze möglicherweise trotz fehlender gesetzlicher Grundlage befristet ist.

**GUT ZU WISSEN**

Auf einem Pfändungsschutzkonto ist für jeden Kalendermonat eine bestimmte Geldsumme als Grundfreibetrag pfändungsfrei. Wenn man gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen hat, in einer Bedarfsgemeinschaft im Sinne des Sozialgesetzbuch II lebt, bestimmte andere Sozialleistungen oder Kindergeld erhält, kann ein über den Grundfreibetrag hinausgehender, weiterer Betrag aufgrund einer Bescheinigung zusätzlich pfändungsfrei gestellt werden, der vom Arbeitgeber, der Familienkasse, den Sozialleistungsträgern oder einer anerkannten Stelle im Sinne der Insolvenzordnung - wie eben uns - bescheinigt werden muss.

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

<https://www.vzhh.de/themen/schulden/pfaendung-frei>